

Alles, was übrig bleibt

<https://www.prospectmagazine.co.uk/world/israel/64132/all-that-remains>

Israel hat den Bewohnern des Gazastreifens viele Male Tod und Zerstörung gebracht. Aber als Vergeltung für die Terrorakte der Hamas hat sie die Möglichkeit von etwas viel Schlimmerem als zuvor aufgeworfen: ethnische Säuberungen.

Von Avi Shlaim
06.12.2023

Am 7. Januar 2009, als die Operation "Gegossenes Blei" in vollem Gange war, schrieb ich einen Artikel im Guardian. "Wie Israel Gaza an den Rand einer humanitären Katastrophe gebracht hat". Dies war Israels erster großer Angriff auf den Gazastreifen nach seinem einseitigen Rückzug im Jahr 2005. In den Jahren 2012, 2014, 2021 und 2022 folgten weitere große Militäroffensiven, wobei kleinere Ausbrüche und fast 200 Tote während der Grenzproteste im Jahr 2018, die als Marsch der Rückkehr bekannt sind, nicht mitgezählt wurden. Nach meiner Zählung ist der gegenwärtige Krieg der sechste ernsthafte israelische Angriff auf Gaza seither und bei weitem der tödlichste und zerstörerischste. Und es beschwört auch das unheilvolle Gespenst einer zweiten palästinensischen Nakba herauf.

Der einzige Weg, Israels grausame und selbstzerstörerische Kriege in Gaza zu verstehen, besteht darin, den historischen Kontext zu verstehen. Aus welcher Perspektive man es auch betrachten mag, die Gründung des Staates Israel im Mai 1948 war mit einer monumentalen Ungerechtigkeit gegenüber den Palästinensern verbunden. Eine dreiviertel Million Palästinenser wurden zu Flüchtlingen, und der Name Palästina wurde von der Landkarte getilgt. Die Israelis nennen ihn "den Unabhängigkeitskrieg"; Die Palästinenser nennen es die Nakba, die Katastrophe. Das schrecklichste Ereignis in der leidgetränkten Geschichte der Juden war der Holocaust. In der Geschichte des palästinensischen Volkes ist das traumatischste Ereignis die Nakba, die in Wirklichkeit kein einmaliges Ereignis ist, sondern der andauernde Prozess der Enteignung und Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seiner Heimat, der bis heute andauert, in den unaussprechlichen Schrecken, die von den israelischen Verteidigungskräften (IDF) in Gaza heimgesucht werden.

Das Vereinigte Königreich war der ursprüngliche Sponsor des jüdischen Staates, der auf die Balfour-Deklaration von 1917 zurückgeht. Aber 1948 hatten die Vereinigten Staaten das Vereinigte Königreich als Hauptgeldgeber abgelöst. Britische Beamte ärgerten sich bitter über die amerikanische Parteinahme zugunsten des jungen Staates, obwohl sie selbst die zionistische Übernahme Palästinas ermöglicht und ermächtigt hatten. Die Bedingungen, die zur Entstehung der Nakba führten, wurden in Großbritannien geschaffen. Doch keine britische Regierung hat jemals die Verantwortung für den Verlust und das Leid übernommen, das sie über das palästinensische Volk gebracht hat.

In der Zeit seit 1948 haben die westlichen Mächte, angeführt von den USA, Israel massive moralische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung sowie diplomatischen Schutz gewährt. Die USA haben ihr Vetorecht im UN-Sicherheitsrat 46 Mal genutzt, um Resolutionen abzulehnen, die Israel nicht gefielen. Die USA geben Israel außerdem jedes Jahr rund 3,8 Milliarden Dollar an Militärhilfe, mit mehr in diesem Jahr, um Israel in die Lage zu versetzen,

seine Militäroffensive in Gaza aufrechtzuerhalten. Das Problem mit der amerikanischen Unterstützung für Israel ist, dass sie nicht an die israelische Achtung der palästinensischen Menschenrechte oder des Völkerrechts geknüpft ist. Das Ergebnis ist, dass Israel buchstäblich mit Mord davonkommt.

Im August 2005 inszenierte eine von Likud geführte Regierung unter Ariel Sharon einen einseitigen israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen, zog alle 8.500 Siedler ab und zerstörte die Häuser und Farmen, die sie zurückgelassen hatten. Die Hamas, die islamische Widerstandsbewegung, führte eine effektive Kampagne durch, um die Israelis aus Gaza zu vertreiben. Sharon präsentierte der Welt den Rückzug aus Gaza als Beitrag zum Frieden. Doch im darauffolgenden Jahr zogen mehr als 12.000 Siedler in das Westjordanland, was die israelische Kontrolle festigte und den Spielraum für einen unabhängigen palästinensischen Staat weiter einschränkte.

Der eigentliche Zweck hinter diesem Schritt war es, die Grenzen Großisraels neu zu ziehen, indem die wichtigsten Siedlungsblöcke im Westjordanland in den Staat Israel eingegliedert wurden. Der Rückzug aus Gaza war daher kein Vorspiel zu einem Friedensabkommen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde, sondern ein Vorspiel zur weiteren zionistischen Expansion im Westjordanland. Es handelte sich um einen einseitigen israelischen Schritt, der im nationalen Interesse Israels unternommen wurde. Verankert in einer fundamentalen Ablehnung der palästinensischen nationalen Identität, war der Rückzug aus Gaza Teil einer langfristigen Bemühung, dem palästinensischen Volk jede unabhängige politische Existenz auf seinem Land zu verweigern. Das hielt israelische Sprecher nicht davon ab, die absurde Behauptung aufzustellen, dass sie den Bewohnern des Gazastreifens durch ihren Austritt die Chance gegeben hätten, den Gazastreifen in das Singapur des Nahen Ostens zu verwandeln.

Im Dezember 2008 startete Israel die Operation "Gegossenes Blei" und brach damit einen sechsmonatigen Waffenstillstand, den Ägypten vermittelt hatte. Das war kein Krieg im üblichen Sinne, sondern ein einseitiges Massaker. 22 Tage lang schoss, beschoss und bombardierte die IDF Hamas-Ziele und ließ gleichzeitig Tod und Zerstörung über die wehrlose Zivilbevölkerung regnen. Insgesamt wurden 1.417 Menschen in Gaza getötet, darunter 313 Kinder, und mehr als 5.500 verwundet. Dreiundachtzig Prozent der Opfer waren Zivilisten.

Kriegsverbrechen wurden von einer unabhängigen Untersuchungskommission untersucht, die vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzt wurde und von Richard Goldstone geleitet wurde, einem angesehenen südafrikanischen Richter, der zufällig sowohl Jude als auch Zionist war. Goldstone und sein Team stellten fest, dass sowohl die Hamas als auch die IDF Verstöße gegen das Kriegsrecht begangen hatten. Die IDF wurde aufgrund des Ausmaßes und der Schwere ihrer Verstöße viel strenger bestraft als die Hamas. Die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen wurden für schuldig befunden, Raketen- und Mörserangriffe mit dem absichtlichen Ziel gestartet zu haben, israelische Zivilisten zu verletzen. Das Goldstone-Team untersuchte 36 Vorfälle, an denen die IDF beteiligt war. Es wurden 11 Vorfälle festgestellt, bei denen israelische Soldaten direkte Angriffe auf Zivilisten mit tödlichem Ausgang starteten (nur in einem Fall gab es ein mögliches "gerechtfertigtes militärisches Ziel"); sieben Vorfälle, bei denen Zivilisten erschossen wurden, die ihre Häuser verließen, "indem sie weiße Fahnen schwenkten und in einigen Fällen einer entsprechenden Anweisung der israelischen Streitkräfte folgten"; ein Angriff, der "direkt und absichtlich" auf ein Krankenhaus verübt wurde; zahlreiche Vorfälle, bei denen Krankenwagen daran gehindert wurden, sich um die Schwerverletzten zu kümmern; Mehrere Angriffe auf zivile Infrastruktur ohne militärische Bedeutung, wie Getreidemühlen, Hühnerfarmen, Kläranlagen und Wasserbrun-

nen – alles Teil einer Kampagne, um Zivilisten das Nötigste zu entziehen. In den Worten des Berichts war ein Großteil dieser umfangreichen Schäden "nicht durch militärische Notwendigkeiten gerechtfertigt und wurde rechtswidrig und mutwillig durchgeführt".

Abschließend stellt der 452-seitige Bericht fest, dass die israelische Regierung zwar versuchte, ihre Operationen im Wesentlichen als Reaktion auf Raketenangriffe in Ausübung des Rechts auf Selbstverteidigung darzustellen, dass aber "die Mission selbst der Ansicht ist, dass der Plan zumindest teilweise auf ein anderes Ziel gerichtet war: die Menschen in Gaza als Ganzes".

Unter diesen Umständen kam die Mission zu dem Schluss, dass das, was sich Ende 2008 und Anfang 2009 in etwas mehr als drei Wochen ereignete, "ein absichtlich unverhältnismäßiger Angriff war, der darauf abzielte, die Zivilbevölkerung zu bestrafen, zu demütigen und zu terrorisieren, ihre lokale wirtschaftliche Fähigkeit, sowohl zu arbeiten als auch für sich selbst zu sorgen, radikal zu verringern und ihr ein ständig wachsendes Gefühl der Abhängigkeit und Verwundbarkeit aufzuzwingen". Goldstone veröffentlichte später [einen Kommentar in der Washington Post](#), in dem er sagte, dass die Hamas zwar Kriegsverbrechen begangen habe (ihre Raketen seien "absichtlich und wahllos auf zivile Ziele gerichtet") worden, aber "Zivilisten wurden von Israel nicht absichtlich ins Visier genommen". Die anderen drei Mitglieder der Untersuchungskommission erklärten, dass sie zu den Schlussfolgerungen stünden, die "nach sorgfältiger, unabhängiger und objektiver Prüfung der Informationen im Zusammenhang mit den Ereignissen im Rahmen unseres Mandats und einer sorgfältigen Bewertung ihrer Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit getroffen wurden".

Weder Israel noch die Hamas wurden zur Rechenschaft gezogen oder zur Kasse gebeten, irgendeinen Preis für ihre Kriegsverbrechen zu zahlen. Die Israelis griffen auf einen Rufmord am Autor des Berichts zurück, anstatt sich mit irgendwelchen Ergebnissen auseinanderzusetzen. Obwohl er zu keiner Aktion führte, bietet der Goldstone-Bericht einen tiefen Einblick in das Muster des israelischen Verhaltens in Gaza bei dieser und allen folgenden Operationen. Das Fehlen von Sanktionen erklärt auch, warum Israel weiterhin völlig ungestraft agieren und wieder einmal buchstäblich mit Mord davonkommen konnte.

Während Israel Kriegsverbrechen begeht, behauptet es, sein inhärentes Recht auf Selbstverteidigung auszuüben, und seine westlichen Cheerleader wiederholen diese Behauptung in Papageienmanier. Bei diesem jüngsten und verheerendsten Angriff auf Gaza übertraf Keir Starmer, der Vorsitzende der Labour-Partei, sogar Joe Biden und Rishi Sunak, indem er erklärte, dass Israels Recht, sich selbst zu verteidigen, die Verweigerung von Wasser, Lebensmitteln und Treibstoff für die Zivilbevölkerung rechtfertige. Alle drei Staatsoberhäupter beharrten acht Wochen lang auf ihrer Weigerung, einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern, und begnügten sich mit schwachen Bitten an Israel, die Kämpfe einzustellen, damit humanitäre Hilfe die belagerte Zivilbevölkerung erreichen kann.

Wie die meisten seiner Behauptungen in diesem grausamen Krieg ist auch Israels Behauptung, es übe lediglich sein Recht auf Selbstverteidigung aus, unbegründet – oder zumindest heftig umstritten. Francesca Albanese, die UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten, hat darauf hingewiesen, dass dieses Recht nach internationalem Recht nur im Falle eines bewaffneten Angriffs eines Staates gegen einen anderen Staat relevant ist oder wenn die Bedrohung von außen kommt. Der Angriff der Hamas ging jedoch weder von einem Staat aus, noch kam er von außen. Sie kam aus einem Gebiet, für das Israel nach internationalem Recht immer noch die Besatzungsmacht ist, weil

es nach seinem Rückzug weiterhin den Zugang zum Gazastreifen auf dem Land-, See- und Luftweg kontrolliert. Einfach ausgedrückt: Man hat nicht das Recht auf Selbstverteidigung gegen ein Territorium, das man besetzt hält. Im vorliegenden Fall ist daher die Selbstverteidigungsklausel, Art. 51 der UN-Charta, nicht einschlägig. Es sind die Menschen unter der Besatzung, die nach internationalem Recht das Recht auf Widerstand haben, einschließlich des Rechts auf bewaffneten Widerstand. Und das palästinensische Volk befindet sich in einer einzigartigen Lage: Es ist das einzige Volk, das unter militärischer Besatzung lebt und von dem erwartet wird, dass es die Sicherheit seiner Besatzer gewährleistet.

Zusammengenommen spiegeln Israels Angriffe auf Gaza eine zutiefst militaristische Sichtweise wider, eine hartnäckige Weigerung, Wege für eine friedliche Koexistenz zu erkunden, eine gewohnheitsmäßige Missachtung des Kriegsrechts und des humanitären Völkerrechts sowie völlige Gefühllosigkeit gegenüber feindlichen Zivilisten. Israelische Generäle bezeichnen ihre wiederholten militärischen Einfälle in Gaza als "Rasenmähen". Damit meinen sie die Schwächung der Hamas, die Herabwürdigung ihrer militärischen Fähigkeiten und die Beeinträchtigung ihrer Regierungsfähigkeit. Diese entmenschliche Metapher impliziert eine Aufgabe, die regelmäßig und mechanisch und ohne Ende ausgeführt werden muss. Er spielt auch auf das wahllose Abschlachten von Zivilisten und das Zufügen von Schäden an der zivilen Infrastruktur an, deren Reparatur mehrere Jahre dauert.

Unter dieser düsteren Rubrik gibt es keine dauerhafte politische Lösung: Der nächste Krieg ist immer nur eine Frage der Zeit. "Das Gras mähen" ist eine abschreckende Metapher, aber sie liefert einen weiteren Hinweis auf den tieferen Zweck hinter Israels unerschütterlicher Ablehnung der Diplomatie und dem wiederholten Rückgriff auf brutale militärische Gewalt an seiner Südgrenze.

Die derzeitige israelische Bombardierung des Gazastreifens ist eine Reaktion auf den Angriff der Hamas am Samstag, dem 7. Oktober, dem Schwarzen Samstag. Das war ein Game Changer. In der Vergangenheit hat die Hamas Raketen auf Israel abgefeuert oder sich mit israelischen Streitkräften auf ihrem Territorium angelegt. Am 7. Oktober haben die Hamas und die radikalere Gruppe Islamischer Dschihad den Zaun um Gaza mit Bulldozern niedergerissen und in den benachbarten Kibbuzim und Siedlungen einen Amoklauf verübt, bei dem etwa 300 Soldaten ermordet und mehr als 800 Zivilisten massakriert wurden, von denen 250 auf einem Musikfestival waren. Außerdem nahmen sie 240 Geiseln gefangen, darunter einige Militärangehörige. Der brutale, mörderische Angriff auf die Zivilbevölkerung war ein Kriegsverbrechen und wurde von den internationalen Politikern zu Recht als solches angeprangert.

Ob der Hamas-Angriff völlig unprovokiert war, wie Israel und seine Freunde behaupten, steht auf einem anderen Blatt. Der Angriff ereignete sich nicht im luftleeren Raum. Hintergrund waren 56 Jahre israelischer Besatzung der palästinensischen Gebiete – die längste und brutalste militärische Besatzung der Neuzeit. Es handelt sich um eine tägliche Gewalt gegen die Bewohner des Westjordanlandes und des Gazastreifens und eine tägliche Verletzung ihrer grundlegenden Menschenrechte.

Die Hamas ist keine reine Terrororganisation, wie Israel und seine westlichen Verbündeten immer wieder behaupten. Es handelt sich um eine politische Partei mit militärischem Flügel, deren Angriffe auf Zivilisten terroristische Akte darstellen. Tatsächlich ist die Hamas mehr als eine politische Partei mit militärischem Flügel. Es handelt sich um eine soziale Massenbewegung, die einen herausragenden Teil des Gefüges der palästinensischen Gesellschaft darstellt und ihr Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit widerspiegelt. Es ist das Scheitern der

Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Freiheit und Eigenstaatlichkeit zu erlangen, das den wachsenden Einfluss der Hamas weitgehend erklärt.

1993 unterzeichnete die PLO das erste Oslo-Abkommen mit Israel. An die Stelle der gegenseitigen Ablehnung trat die gegenseitige Anerkennung. Für die palästinensische Nationalbewegung war dies ein historischer Kompromiss: Sie gab ihren Anspruch auf 78 Prozent Palästinas auf, wie es zwischen 1920 und 1948 unter dem Mandat des Völkerbundes existierte, in der Hoffnung, in den verbleibenden 22 Prozent einen unabhängigen Staat im Westjordanland und im Gazastreifen mit einer Hauptstadt in Ostjerusalem zu erlangen. Aber es sollte nicht sein. Das Oslo-Abkommen erwies sich nicht als Weg in die Unabhängigkeit, sondern als Falle.

Einfach ausgedrückt: Man hat nicht das Recht auf Selbstverteidigung gegen ein Territorium, das man besetzt hält

Nach der Ermordung von Ministerpräsident Yitzhak Rabin im Jahr 1995 kam die nationalistische Hardliner-Partei Likud unter der Führung von Benjamin Netanjahu wieder an die Macht. Netanjahu hat den Rest seiner politischen Karriere damit verbracht, die Gründung eines palästinensischen Staates unerbittlich und bisher erfolgreich zu verhindern. Er war nie ein Partner für den Frieden mit irgendeiner palästinensischen Fraktion. Sein Spiel besteht darin, sie gegeneinander auszuspielen, um den nationalen Kampf der Palästinenser zu vereiteln. "Jeder, der die Gründung eines palästinensischen Staates vereiteln will, muss die Unterstützung der Hamas und den Transfer von Geld an die Hamas unterstützen", sagte er im März 2019 vor seinen Likud-Kollegen. "Das ist Teil unserer Strategie, die Palästinenser in Gaza von den Palästinensern im Westjordanland zu isolieren." Indem Netanjahu die Gemäßigten im Westjordanland schwächte und diskreditierte, unterstützte er unbeabsichtigt den Aufstieg der Hamas.

Die Hamas-Charta von 1988 ist antisemitisch, leugnet das Existenzrecht Israels und fordert einen einheitlichen muslimischen Staat im gesamten historischen Palästina, "vom Fluss bis zum Meer", wie der Slogan lautet. Doch wie zuvor die PLO hat auch die Hamas ihr politisches Programm allmählich gemäßigt. Vielleicht erkannte sie, dass die Selbstmordattentate, die sie während der Zweiten Intifada verübte, sowohl moralisch falsch als auch politisch kontraproduktiv waren, und entschied sich für den parlamentarischen Weg zur Macht. Im Januar 2006 gewann die Hamas bei den Wahlen in ganz Palästina sowohl im Gazastreifen als auch im Westjordanland die absolute Mehrheit und bildete eine Regierung. Es handelte sich um eine gemäßigtere, pragmatischere Regierung, die Israel anbot, einen langfristigen Waffenstillstand für 20, 30 oder 40 Jahre auszuhandeln. Obwohl die Charta erst 2017 überarbeitet wurde, deuteten Hamas-Führer in einer langen Reihe von Reden an, dass sie einen palästinensischen Staat auf der Grundlage der Grenzen von 1967 akzeptieren würden.

Israel weigerte sich, die demokratisch gewählte Hamas-Regierung anzuerkennen und lehnte ihr Verhandlungsangebot ab. Die USA und die EU folgten dem Beispiel Israels und schlossen sich ihm bei Maßnahmen der Wirtschaftskriegsführung an, die darauf abzielten, Israel zu untergraben. Die westlichen Mächte behaupten, an die Demokratie zu glauben, aber offensichtlich nicht, wenn das palästinensische Volk für die "falsche" Partei stimmt. Um Bertolt Brecht zu paraphrasieren: Wenn die israelische und die westliche Regierung mit dem palästinensischen Volk unzufrieden sind, sollten sie das Volk auflösen und ein anderes wählen.

Mit saudischer Hilfe gelang es den rivalisierenden palästinensischen Fraktionen, ihre Differenzen beizulegen. Am 8. Februar 2007 unterzeichneten Fatah und Hamas in Mekka ein Abkommen, um die Zusammenstöße zwischen ihren Streitkräften in Gaza zu beenden und eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Sie einigten sich auf ein System der Machtteilung, bei dem Unabhängige die Schlüsselpositionen der Außen-, Finanz- und Innenpolitik übernehmen sollten. Und sie erklärten ihre Bereitschaft, einen langfristigen Waffenstillstand mit Israel auszuhandeln.

Auch Israel mochte diese Regierung nicht und weigerte sich erneut, zu verhandeln. Es sollte noch schlimmer kommen. Israel und die USA schmiedeten im Geheimen mit Fatah-Vertretern und dem ägyptischen Geheimdienst Verschwörungen, um die Regierung der nationalen Einheit zu untergraben. Sie hofften, das Ergebnis der Parlamentswahlen rückgängig machen zu können, indem sie die Fatah zu einem Putsch ermutigten, um die Macht zurückzuerobern.

Im Jahr 2008 zeigten Memos aus den Verhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde, dass Israel und die USA die Sicherheitskräfte von Präsident Mahmoud Abbas bewaffneten und ausbildeten, mit dem Ziel, die Hamas-Regierung zu stürzen. (Später enthüllten die "Palestine Papers", ein Versteck von 1.600 diplomatischen Dokumenten, die Al Jazeera zugespielt wurden, mehr.) Amerikanische Neokonservative beteiligten sich an der finsternen Verschwörung, einen palästinensischen Bürgerkrieg anzuzetteln. Die Hamas kam im Juni 2007 mit einer gewaltsamen Machtübernahme in Gaza einem Putsch der Fatah zuvor. Zu diesem Zeitpunkt zerbrach die palästinensische Nationalbewegung, die Fatah regierte das Westjordanland und die Hamas den Gazastreifen.

Israel reagierte auf den Schritt der Hamas, indem es den Gazastreifen zu einem "feindlichen Gebiet" erklärte. Sie erließ auch eine Reihe von sozialen, wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen, die darauf abzielten, die Hamas zu isolieren und zu untergraben. Die bei weitem bedeutendste dieser Maßnahmen war die Verhängung einer Blockade. Erklärtes Ziel der Blockade war es, den Transfer von Waffen und militärischer Ausrüstung an die Hamas zu stoppen, aber auch den Fluss von Lebensmitteln, Treibstoff und medizinischen Hilfsgütern an die Zivilbevölkerung einzuschränken. Ein amerikanischer Senator war empört, als er feststellte, dass Nudeln auf der Liste der verbotenen Produkte standen. Der Boykott bezog sich nicht nur auf Importe, sondern perverserweise auch auf einige Exporte aus Gaza. Warum sollte die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Fisch und anderen nicht-tödlichen Gütern verhindert werden? Es ist schwer, sich der Schlussfolgerung zu entziehen, dass das versteckte Motiv darin bestand, die Wirtschaft des Gazastreifens zu lähmen und den Bewohnern Armut, Elend und Arbeitslosigkeit aufzuerlegen.

In ihren nicht-militärischen Aspekten stellte die Blockade eine Form der Kollektivstrafe dar, die durch das Völkerrecht eindeutig geächtet ist. Angesichts des Ausmaßes des Leids, das den Bewohnern des Gazastreifens durch die Blockade zugefügt wurde, könnte Israel, wenn es eine Person wäre, der "verdorbenen Gleichgültigkeit" schuldig gemacht werden, einem Konzept im amerikanischen Recht (sein Äquivalent im englischen Common Law ist "verdorbene Herz"), das sich auf ein Verhalten bezieht, das so mutwillig, so gefühllos, so mangelhaft an einem moralischen Sinn für Besorgnis ist. Er nimmt so wenig Rücksicht auf das Leben anderer und ist so tadelnswert, dass er strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann.

Die israelische Bombardierung des Gazastreifens seit dem 7. Oktober kann aufgrund des unbeschreiblichen Leids, das sie der Zivilbevölkerung zufügt, zweifellos als "verdorbene

Gleichgültigkeit" bezeichnet werden. Während der Hauptfeind die Hamas ist, nimmt Israel weiterhin zivile Infrastruktur, Wohngebäude, Schulen, Moscheen, Krankenhäuser, Krankenwagen und UNRWA-Lebensmitteldepots ins Visier. Bis Ende November ist die Zahl der Todesopfer auf mehr als 15.000 Tote und mehr als 30.000 Verletzte gestiegen – mehr als die Gesamtzahl der bisherigen Militäroffensiven zusammen. Schätzungsweise 6.150 der Toten sind Kinder und 4.000 Frauen. Das Abschlachten von Zivilisten in solch industriellem Ausmaß könnte Israel an den Rand eines Völkermords gebracht haben, "des Verbrechens aller Verbrechen".

Es gibt noch einen weiteren Aspekt dieser Kampagne, der bei früheren nicht vorhanden war: die Gefahr ethnischer Säuberungen. In früheren Feldzügen brachte Israel Tod und Zerstörung über die Menschen in Gaza, hielt sie aber in der Enklave eingesperrt und erlaubte ihnen "großzügig", in ihren Häusern zu bleiben. Diesmal befahl Israel den Bewohnern des nördlichen Teils des Gazastreifens, fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung, in den südlichen Teil der Enklave zu ziehen. Einige von denen, die dem Befehl gehorchten, wurden später in israelischen Luftangriffen getötet. Zum Zeitpunkt des Schreibens wurden mehr als 1.8m von insgesamt 2,3 Millionen intern vertrieben. Als sich die israelische Militäroffensive in den Süden des Gazastreifens ausbreitete, wurde den Flüchtlingen befohlen, das Gebiet zu verlassen, in das sie geflohen waren. Das kommt einer Zwangsumsiedlung von Zivilisten gleich: ein Kriegsverbrechen.

Das Ergebnis ist, dass es in Gaza nirgendwo sicher ist. Israel dehnt das Kriegsrecht über die Leichtgläubigkeit hinaus aus und argumentiert, dass Zivilisten, die seinen Befehlen nicht gehorchen und in ihren Häusern im Norden bleiben, zu legitimen militärischen Zielen werden. Darüber hinaus scheint Israel an einem Plan zu arbeiten, um Menschen dauerhaft aus dem Gazastreifen in den nördlichen Sinai zu verlegen. In einem durchgesickerten Dokument vom 13. Oktober entwarf das israelische Geheimdienstministerium einen Vorschlag für die Verlegung der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens auf die ägyptische Sinai-Halbinsel. Die ägyptische Regierung hat heftige Einwände gegen den Plan geäußert, ebenso wie ihre Entschlossenheit, den Grenzübergang Rafah fest geschlossen zu halten – abgesehen davon, dass während des Waffenstillstands etwas Hilfe nach Gaza gelassen wird. Aber der kombinierte Druck des massiven Bombardements durch die IDF und ihrer mittelalterlichen Belagerung von Gaza könnte zu einer menschlichen Lawine über die Grenze führen. Eines ist sicher: Zivilisten, die Gaza verlassen, dürfen nicht in ihre Häuser zurückkehren. Mehr als die Hälfte der Häuser in Gaza wurden bereits durch wahllose israelische Bombardements zerstört oder beschädigt. Fast die Hälfte der Bevölkerung hat also kein Zuhause, in das sie zurückkehren kann. Kein Wunder, dass das düstere Erbe von 1948 die palästinensische Gemeinschaft heimsucht.

Während das Martyrium von über zwei Millionen unschuldigen palästinensischen Zivilisten trotz des vorübergehenden Waffenstillstands und des Austauschs von Geiseln gegen palästinensische Gefangene weitergeht, stellt sich eine größere Frage: Wer wird die Überreste des Gazastreifens regieren, wenn die Waffen schweigen? Netanjahu hat erklärt, er wolle, dass die IDF die Sicherheitskontrolle über den Gazastreifen auf unbestimmte Zeit behält, aber niemand in Israel wolle wieder die Verantwortung einer Besatzungsmacht übernehmen. Währenddessen schwindet sein eigener Griff nach der Macht im eigenen Land. Er sieht sich mit starkem Widerstand in der Bevölkerung konfrontiert, weil es ihm nicht gelungen ist, den schrecklichen Angriff der Hamas zu verhindern, und weil er Israel zum gefährlichsten Ort der Welt für Juden gemacht hat. Er ist auch in einen Korruptionsprozess verwickelt, in dem es

um Vorwürfe geht, die er allesamt bestreitet, darunter Betrug, Bruch des öffentlichen Vertrauens und Annahme von Bestechungsgeldern. Politisch gesehen ist er ein wandelnder Toter. Seine Tage an der Macht sind gezählt und es besteht die Möglichkeit, dass er im Gefängnis landet. Aber er ist immer noch Premierminister, und sein klar erklärtes Ziel ist es, die Hamas auszurotten und zu verhindern, dass sie jemals wieder an die Macht kommt. Wer wird also den Gazastreifen regieren, nachdem die israelische Armee abgezogen ist?

Es handelt sich nicht um einen Konflikt zwischen zwei gleichberechtigten Seiten, sondern um einen Konflikt zwischen einer Besatzungsmacht und einer unterworfenen Bevölkerung

Erste Anzeichen deuten darauf hin, dass die Amerikaner und der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell die Rückkehr der Palästinensischen Autonomiebehörde nach Gaza befürworten. Das ist ein völlig absurder Vorschlag. Das Problem ist nicht die Hamas, die es bis 1987 nicht gab, sondern die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete. Darüber hinaus ist die Hamas, die das Massaker vom 7. Oktober verübt hat, viel extremer als die Hamas, die die Wahlen 2006 gewann und eine Regierung der nationalen Einheit bildete. Indem sie den Weg zu einem friedlichen politischen Wandel blockieren, sind Israel und seine westlichen Unterstützer weitgehend für diesen Rückfall in fundamentalistische Positionen verantwortlich. Die Hamas mag ihnen nicht gefallen, aber sie genießt immer noch breite Unterstützung in der Bevölkerung. Wenn heute Wahlen stattfinden würden, würde die Hamas ihren Fatah-Rivalen mit ziemlicher Sicherheit erneut schlagen.

Und was ist mit der sklerotischen Fatah-geführten Palästinensischen Autonomiebehörde? Sie ist fügsam, schwach, korrupt und inkompetent und kann das Westjordanland kaum regieren. Es wird von der EU und in geringerem Maße von den USA finanziert, im Wesentlichen als Subunternehmer für die israelische Sicherheit in der Region. Sie hat sich als völlig unfähig erwiesen, der Ausweitung der israelischen Siedlungen, der Eskalation der Siedlergewalt, der langsamen, aber stetigen Übernahme des Westjordanlandes und Ostjerusalems und dem eklatanten Eindringen fanatischer, religiöser Zionisten auf die heiligen Stätten der Muslime in Jerusalem zu widerstehen. Der Fatah fehlt es auch an Legitimität, weil seit Januar 2006 keine Parlamentswahlen mehr stattgefunden haben. Sie hat die Abhaltung weiterer Parlamentswahlen hinausgezögert, weil sie weiß, dass die Hamas gewinnen würde.

Die Vorstellung, dass diese diskreditierte Palästinensische Autonomiebehörde den stolzen und leidgeprüften Menschen in Gaza auf dem Rücken israelischer Panzer aufgezwungen werden kann, ist völlig realitätsfern. Aber es ist insofern einigermaßen interessant, als es den moralischen und politischen Bankrott der Menschen aufdeckt, die es befürworten. Es ist nicht an Israel oder seinen imperialistischen Unterstützern, den Menschen in Gaza zu sagen, wer sie regieren soll. Wenn die Ereignisse der letzten Wochen etwas gezeigt haben, dann, dass das alte Narrativ, dass Israel das Recht und die Pflicht hat, sich gegen eine terroristische Organisation zu verteidigen, unabhängig von den menschlichen, zivilen Kosten, nicht länger aufrechterhalten werden kann. Was heute in Gaza geschieht, ist die grausame Manifestation des israelischen Staatsterrorismus. Terrorismus ist die Anwendung von Gewalt gegen Zivilisten zu politischen Zwecken. Die Mütze sitzt und Israel muss sie tragen. Die israelischen Politiker und Generäle, die die kriminellen Angriffe auf die Menschen in Gaza orchestrieren, sind nicht besser als Gesindel.

Dieser grässliche Krieg hat auch die rücksichtslose Heuchelei der westlichen Führer enthüllt, ihre eklatante Doppelmoral, ihre Gleichgültigkeit gegenüber den Rechten der Palästinenser

und ihre Komplizenschaft bei Israels Kriegsverbrechen. Israel ist ein aggressiver Siedler-Kolonialstaat und zunehmend ein jüdisch-überlegener Staat, der darauf bedacht ist, die Palästinenser in einem permanenten Zustand der Unterordnung zu halten. Solange Israel die Unterstützung des Westens hat, wird es weiterhin einseitig handeln, unter Verletzung des Völkerrechts, unter Verletzung einer Reihe von UN-Resolutionen und unter Missachtung der grundlegendsten Normen zivilisierten internationalen Verhaltens.

Es handelt sich nicht um einen Konflikt zwischen zwei gleichberechtigten Seiten, sondern um einen Konflikt zwischen einer Besatzungsmacht und einer unterworfenen Bevölkerung. Und es gibt absolut keine militärische Lösung für diesen Konflikt. Israel kann keine Sicherheit ohne Frieden mit seinen Nachbarn haben. Ein ausgehandelter politischer Kompromiss wie in Nordirland ist der einzige Weg nach vorn. Diese Regelung bedurfte einer Intervention von außen, ebenso wie die vorliegende Einigung. Hier können die USA jedoch nicht als alleiniger Vermittler fungieren, denn ihre ausgeprägte Voreingenommenheit zugunsten Israels würde sie zu einem unehrlichen machen. Seit 1967 hat es sich das Monopol auf den israelisch-palästinensischen Friedensprozess angemaßt, es aber versäumt, Druck auf Israel auszuüben, damit es Kompromisse eingeht. Was wir jetzt brauchen, ist eine neue internationale Koalition unter Führung der Vereinten Nationen, der die USA und die EU, aber auch arabische Staaten und Mitglieder des globalen Südens angehören. Die Prioritäten einer solchen Koalition wären humanitäre Hilfe, Wiederaufbau und ein langfristiger politischer Plan, der einen unabhängigen palästinensischen Staat im Gazastreifen und im Westjordanland mit einer Hauptstadt in Ostjerusalem vorsieht.

Ein solcher Plan ist äußerst praktisch. Alles, was es bräuchte, um zu erkennen, wäre, dass Israel seine Siedlerkolonial- und jüdischen Überlegenheitsambitionen ablegen müsste, dass Amerika seine bedingungslose Unterstützung für Israel beenden würde, dass sich die EU von einem Zahler zu einem aktiven Akteur verwandeln würde, dass die Vereinten Nationen ihre selbst auferlegte Ohnmacht überwinden müssten und ein paar ähnliche Kleinigkeiten.

Avi Shlaim ist ein britisch-israelischer Historiker und emeritierter Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Oxford. Zu seinen Büchern gehören "Die Eiserne Mauer: Israel und die arabische Welt" und "Der Löwe von Jordanien: König Husseins Leben in Krieg und Frieden"

Aus dem Englischen mit dem Google-Übersetzer